

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Abzugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21205 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 500 M., die 65 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1000 M.,  
unter Eingehalt 1500 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkreditbank, Jahresbericht und Rechnungsabklärung  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Soltes in Dresden.

Nr. 134

Dienstag, 12. Juni

1923

## Kopferbrechen in London.

### Verständigung — trotz alledem!

Der Gedankenaustrausch zwischen Paris und London nimmt langsam konkretere Formen an. Im Mittelpunkt der Erörterung steht immer noch die Frage des passiven Widerstandes, auf den Deutschland verzichten soll, bevor die Reparationsverhandlungen beginnen. Entweder kommt es nun zwischen Belgien, Frankreich und London zu einem Kompromiß, das darin besteht, daß die Regierungen dieser Länder Deutschland auffordern, zu einem Waffenstillstand die Hand zu bieten, und dem dann eine Konferenz, unter Beteiligung der deutschen Regierung, über das Reparationsproblem folgen soll, oder aber Frankreich und Belgien erlauben sich erneut die Absendung einer Kollektivnote, in der Deutschland ultimativ aufgefordert wird, auf den Widerstand an der Ruhr zu verzichten. Die Wortreden in Dortmund haben zweifellos die französische Stellung gestärkt und die des englischen Kabinetts geschwächt. Aber es ist ein Trugschluß sonderlichen, wenn die französische Regierung jetzt versucht, unter Hinweis auf die Verbrechen die Notwendigkeit des Verzichts auf den passiven Widerstand zu beweisen. Kein Wort, das nachweisbar von deutscher Seite im Ruhrgebiet erfolgt ist, hat mit dem passiven Widerstand auch nur das Geringste zu tun. Seit Ausbruch der Abwehr haben die Träger dieses Kampfes unter passiver Aufsicht verstanden, dem Gewalt der französischen und belgischen Truppen mit geistigen Mitteln zu begegnen und Erfolge durch die Verweigerung der Arbeitsleistung unmöglich zu machen. Die allgemeine Beurteilung der feigen Wortreden in Dortmund und die Festsetzung einer hohen Prämie für die Ermittlung der Täter sollte zur Genüge beweisen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes, vor allem aber die deutsche Arbeiterschaft, die den passiven Widerstand an der Ruhr in erster Linie führt, mit den Verbrechen nichts gemein hat.

Die Tat ist geschehen. Die Täter sind zur Verantwortung zu ziehen, und es ist Pflicht der deutschen Verichte, alles zu tun, um ihrer Schuldhaft zu werden. Mit gegenseitigen Vorwürfen aber wird weder diesen Bestrebungen gedient, noch kommen wir der angeblich auch von Frankreich gewünschten Verständigung näher. Ebenso sind die ohne Verzicht erfolgten Freizehandlungen gegen die Dortmund Verordnungen, die Ermordung weiterer fünf deutscher Staatsbürger und die Inhaftierung maßgebender Persönlichkeiten, die den Alliierten sicherlich fernliegen, nicht dazu angetan, den Geist der Rache zu löten. Das Beispiel des Unsturzes in Bulgarien, das wir gerade in diesen Tagen erleben müßten, sollte der französischen Regierung zur Genüge zeigen, daß Deutschland, nicht aber Unterwerfung ohne weiteres hervorruft. Die deutsche Arbeiterschaft steht wider die Folgen eines Gegenbruchs bereit, dessen Gefahren sie erkennt, noch aber eine Unterwerfung, und gerade deshalb brüht sie sich ehe-lich, einen Ausweg aus der kritischen außenpolitischen Situation zu finden.

Wie soll Deutschland jetzt, da neue Kompromisse auf Kosten unsterblicher Helden erwartet werden, vielleicht auch neue Ultimaten in Vorbereitung sind, handeln? Sollen wir uns der Forderung auf Verzicht des passiven Widerstandes gegenüber grundsätzlich ablehnend verhalten oder bestrebt sein, eine Kompromißlösung zu ermöglichen? Nach der Auffassung der Deutschnationalen ist die Annahme einer Verständigung Landesverrat. Trotz unserer traurigen wirtschaftlichen Situation verlangen sie von der Regierung, daß der passive Widerstand fortgesetzt wird, bis die Abnahme der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vortragmöglicher Zustände in den Rheinländern erreicht ist. Welcher deutsche Staatsbürger würde das nicht wünschen, wenn es möglich wäre? Aber betrachten wir die gegenseitigen Machtverhältnisse, die allgemeinen Zustände im besetzten und im unbesetzten Gebiet, dann muß Klarheit darüber entstehen, daß die Politik der Deutschnationalen nichts anderes er-

reicht als die Katastrophe, von der sie ihren endgültigen Widerausstieg in Deutschland erwarten. Nein! Sollen wir nicht die Kapitulation, dann muß die ablehnende Haltung gegenüber der Forderung auf Verzicht des passiven Widerstandes aufgegeben werden. Dem Abbau auf der einen Seite müssen aber natürlich auch Zugeständnisse auf der anderen Seite folgen!

Die freien Gewerkschaften, als eigentliche Träger der Abwehr gegen die Gewaltpolitik an der Ruhr, haben bisher zu der französischen Forderung noch nicht Stellung genommen. Es ist jedoch zu erwarten, daß sie sich schon in den nächsten Tagen damit beschäftigen. Die maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen sind über die allgemeine Lage im Ruhrgebiet unterrichtet, und wie erwartet, daß sie gerade deshalb zu einer Entscheidung kommen, die den staatspolitischen Notwendigkeiten des Augenblicks entspricht.

### Heute spricht Curzon.

London, 11. Juni.  
Im Unterhause erklärte Baldwin auf eine Anfrage, er sei nicht in der Lage, zu der Reparationsfrage mehr zu sagen, als daß diese Frage die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehme. Aber die Lage im Ruhrgebiet könne er im Augenblick keine Erklärung abgeben. Der Premierminister erklärte weiter, Lord Robert Cecil werde Großbritannien im Vorkomitee ebenso wie früher Balfour vertreten. Weiter erklärte Baldwin, er sei nicht in der Lage, irgendeine Erklärung über die deutsche Note abzugeben. Für heute abend 6 Uhr ist eine Sitzung des britischen Kabinetts im Unterhause zur Erwägung des deutschen Memorandum abberufen worden. Den Alliierten zufolge erdichtete Lord Curzon heute die deutsche Note mit Sachverständigen und empfing den britischen Botschafter in Berlin Lord d'Abernon und außerdem den französischen Botschafter Grafen St. Aulaire, der ihm eine Mitteilung Poincarés überreichte und zwei Stunden mit Curzon verbrachte. Dieser erwiderte noch Mitteilungen der italienischen und der belgischen Regierung, so daß dem britischen Kabinet in der heutigen Abend Sitzung die Ansichten aller Alliierten vorliegen würden. Während des Wochenendes hatten sehr wichtige Erörterungen zwischen Balfour, Curzon, Cecil und anderen Ministern stattgefunden. Man meldet als wahrscheinlich, daß Lord Curzon morgen im Oberhause auf die Anfrage Lord Balfours über die Stellung der Regierung zu dem neuen deutschen Angebot antworten wird. Die öffentlichen Kreise bewahren strenges Stillsitzen, sobald die Äußerungen der Presse mit Vorbehalt aufzunehmen sind. Die „Ball Mall Gazette“ nimmt an, daß die Unterredung Lord Curzons mit dem Grafen St. Aulaire in erster Linie der Haltung Frankreichs zur Ruhrbesetzung gegolten habe. „Evening Standard“ meint, es sei unwahrscheinlich, daß Frankreich und Belgien selbständig das deutsche Memorandum zurückweisen würden. Ebenso meint der „Star“, man könne hoffen, daß Frankreich gegenwärtig bereit sei, etwas Vernünftiges anzunehmen. Die Unterhaltung sei jetzt auf dem kritischen Punkt angelangt, der es den Franzosen schwer mache, eine Unterredung über die deutsche Note abzulehnen, falls sie nicht zugestehen wollten, daß es ihnen nicht auf Reparationen, sondern auf die Beförderung Deutschlands ankomme. Deutschland habe ihnen Gelegenheit gegeben, sich mit Wörtern aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Nach „Evening Standard“ sei England mit der Einberufung einer internationalen Kommission und mit einer Konferenz mit Deutschland einverstanden. Ebenso sei England zu Opfern in bezug auf seinen Anteil an den deutschen Reparationen bereit. Die Schwierigkeit liege nur bei Frankreich. Zwischen der englischen und französischen Anschauung liege ein weiter Riß, nicht nur in bezug auf die Reparationssumme, sondern vor-

allem in bezug auf den passiven Widerstand. Reuters meldet: Man nimmt an, daß dem heutigen Kabinetrat die französischen Gesichtspunkte vorliegen werden. Gut unterrichtete Kreise sind der Ansicht, daß Poincaré verlange, die Alliierten, einschließlich England, sollten unverzüglich eine Note an die deutsche Regierung richten, in der die Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert wird. Poincaré hält dies für die notwendige Vorbedingung für jede gemeinsame Diskussion der Alliierten über die Reparationsfrage. England dagegen ist der Ansicht, daß eine Unterredung der Alliierten über die Reparationen vor der Annahme eines beratigen Schrittes stattfinden müsse.

### Davas über den Standpunkt des englischen Kabinetts.

Paris, 12. Juni.  
Davas meldet über den Standpunkt des englischen Kabinetts, wie er sich aus dem abgehaltenen Kabinettsrat ergeben habe, daß die britische Regierung es für möglich halte, die Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Bedingung für Verhandlungen zu verlangen. Sie wünsche, jeden Versuch zu vermeiden, über es können, nach ihrer Ansicht internationalisierte Verhandlungen auf der Grundlage des deutschen Memorandum stattfinden. Jedoch neige das englische Kabinet dazu, die darin enthaltenen Forderungen abzuändern und zu versuchen, von Deutschland die Annahme der Forderungen des Planes Bonar Law zu erreichen. Wenn Frankreich seinen Standpunkt aufrechterhalte, so schlage England vor, auf einer Konferenz alliierter Sachverständiger die Lage Deutschlands zu untersuchen und die Forderungen für die Reparationszahlungen bestimmen zu lassen. Falls auch da keine Einigung erzielt werden sollte, würde die britische Regierung die deutsche Regierung zur Aufgabe des passiven Widerstandes zu bewegen suchen.

„Petit Journal“ schreibt: Jetzt handle es sich darum, festzustellen, ob die Entscheidung, die in Brüssel getroffen worden sei, nur die Deutschen betreffe oder ob Poincaré und Clemenceau darunter auch eine strenge Bedingung für jede Unterredung unter den Alliierten über die Reparationsfrage vorsehen hätten. Wenn die erste dieser Auslegungen richtig sei, würde es vielleicht noch möglich sein, den Meinungsaustrausch mit England fortzusetzen und ein Mittel zu finden, um die Erörterung über den englischen Plan wieder auszunehmen, den die Beurteilung nach reiflicher Überlegung nicht für so schlecht gehalten habe, wie es den Alliierten hätte.

### „Daily Chronicle“ warnt.

London, 11. Juni.  
„Daily Chronicle“ schreibt: Das deutsche Angebot bietet eine wirkliche Gelegenheit, alle Parteien zur Erörterung zusammenzubringen. Die Ruhrfrage müsse jedoch ausgeklärt werden, wenn die Franzosen und Engländer in der Reparationsfrage übereinkommen wollten. Trotzdem hätten die Franzosen Großbritannien ersucht, sich ihrer Forderung anzuschließen, daß die Deutschen den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstellen, bevor die Verhandlungen eröffnet würden. England sollte somit die Realität dessen zugeben, was seiner Ansicht nach illegal sei. Wenn auf dieser Forderung bestanden werde, so hätten die Verhandlungen keinen Fort.

Wenn die Franzosen wirklich Reparationen wollten, so würde England ihnen helfen, alles zu bekommen, was man von Deutschland verlangen könne, und werde ihnen auch in der Frage der Schulden an England entgegenkommen. Befehle aber Frankreich darauf, was Lloyd George gestern die Einigung der Macht über das Recht genannt habe, so

könne England nicht weiter mit Frankreich zusammengehen. England müsse es ablehnen, sich weiterhin von Frankreich mitziehen zu lassen, und müsse eine britische Politik befolgen in Gemeinschaft mit seinen Freunden, die bereit seien, mit England in der Sache des Friedens und des Wiederaufbaues der Welt zusammenzuwirken.

### Geringe Aussichten auf Einigung.

London, 12. Juni.  
Aus Anlaß der gestrigen Beratung Lord Curzons mit den Botschaftern Frankreichs, Belgiens und Italiens schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, daß die Aussichten auf das Zustandekommen einer internationalisierten Vereinbarung gering seien. Der durch den französischen Botschafter in London getrennt unterbreitete Standpunkt Poincarés habe alle bestehenden Aussichten auf Verständigung der britischen und französischen Meinung verschlechtert. Man sei aber das noch nicht abgewiesene Maß französischer Unnachgiebigkeit berührt gewesen. Der französische Botschafter habe nicht nur die Einstellung des deutschen passiven Widerstandes als Bedingung für Verhandlungen selbst unter den Alliierten verlangt, sondern habe durch seine anderen Forderungen förmlich gezeigt, daß es keinen Ausgleich geben könne. Die französische Regierung würde weiterhin außer der Zurückziehung der den passiven Widerstand betreffenden Bestimmungen Deutschlands auch die Zurückziehung der Verordnungen fordern, die Beamte und andere Personen mit Strafen bedrohte, welche die Franzosen unterstellt hätten. Ferner werde für derartige Personen eine volle Amnestie verlangt werden sowie die Garantie für eine künftige Zusammenarbeit der deutschen Behörden mit der Besatzung.

### Unvereinbare Ziele.

London, 11. Juni.  
Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, die wirkliche Schwierigkeit sei nach wie vor die französische Politik. Die Regierung Baldwin habe gefunden, ebenso wie die früheren britischen Regierungen, daß Frankreich zwei miteinander in Streit befindliche Ziele verfolge, nämlich eine große Entschädigung zu erhalten und Deutschland im Interesse der französischen Sicherheit zu vernichten. Die britische Regierung könne schwer einsehen, wie irgend etwas in Übereinstimmung mit Frankreich getan werden könne, solange diese Politik des Dual d'Orsay bleibe. Es seien vorläufig noch keine Anzeichen vorhanden, daß sie aufgegeben werde. Das britische Kabinet erwäge daher die möglichen Alternativen in der allgemeinen europäischen Politik Großbritanniens.

### Poincarés Vorbedingung.

London, 11. Juni.  
Reuters zufolge verlaute, daß ein endgültiger Vorschlag von deutscher Seite für eine internationalisierte Konferenz erfolgt sei, aber daß es unter den gegenwärtigen Umständen nicht vollkommen überraschend sein würde, wenn ein solcher Vorschlag bald erfolge. Gut unterrichtete offizielle Kreise äußerten sich mit keinem Worte über den Fortschritt der englisch-französischen Erörterungen. Es verlautet jedoch von einer gewöhnlich gut unterrichteten Seite, daß Poincaré das für eintrete, daß die Alliierten einschließlich Großbritanniens unverzüglich eine Note an die deutsche Regierung richteten, worin gefordert werde, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufhöre. Poincaré sehe diesen Schritt, wie verlautet, als eine notwendige Vorbedingung für die Aufnahme jeder alliierten Erörterung in der Reparationsfrage an. Die bri-

ische Ansicht scheint andererseits zu sein, daß eine solche allseitige Überzeugung über die Reparationsfrage vor jeder derzeitigen Aktion, wie sie von Poinecaré vorgeschlagen wurde, stattfinden müsse.

Das Signal zur Anarchie.

Amsterdam, 11. Juni. In einem Aufsatz im „Nag. Handelsbl.“ wird dargelegt, wie gefährlich die Lage im Ruhrgebiet werden könne, wenn die deutsche Regierung, dem französischen Verlangen entsprechend, dem Währungs- und Währungsstand des Ruhrgebietes anordnete. Wahrscheinlich würde die Ruhrbevölkerung dann das Gefühl haben, von ihrer Regierung verraten und verlassen zu sein. Dies gälte besonders für die Arbeiter, für die der Kampf um die Ruhr ein Kampf um die Zukunft des Sozialismus geworden sei. Unter diesen Umständen würde ein Verzicht auf den passiven Widerstand in Berlin höchstwahrscheinlich das Signal zur Anarchie nicht nur an der Ruhr, sondern in ganz Deutschland sein.

Eine dritte Haager Konferenz.

Paris, 11. Juni. „Chicago Tribune“ will aus dem Haag erfahren haben, vom amerikanischen Staatsdepartement seien inoffizielle Vorschläge zur Einberufung einer dritten Haager Konferenz durch Harding in nahe Zukunft gemacht worden. Es werde nicht erwartet, daß die Konferenz einberufen werde, bevor durch irgendwelche Abmachungen der Alliierten mit Deutschland die Ruhr- und Reparationsfrage gelöst sei. Die Frage der Reparationen sei aber einer der Hauptgründe der Einberufung der Konferenz, da die Regierung es für sicher halte, daß nur eine vorübergehende Vereinbarung zwischen Deutschland und den Alliierten getroffen werde. Als eine der Hauptfragen werde in den Vereinigten Staaten von Amerika außer der Reparationsfrage die Frage der alliierten Kriegsschulden betrachtet.

Schö's Todesopfer in Dortmund.

Dortmund, 11. Juni. Zu der Mordtat an den zwei französischen Offizieren wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß die Tat nicht von Deutschen verübt wurde. Die Geschosse, mit welchen die Offiziere getötet wurden, entstammten Gewehren oder Karabinern. Infolge des verschärfsten Lagerungshandels kam es im Laufe des gestrigen Abends zu Zwischenfällen. Die Räumung der Straßen um 9 Uhr wurde teilweise unter Einhaltung der noch auf den Straßen befindlichen Posten durchgeführt, wobei die Franzosen Obhut und Schutz ausstießen. Einer der Posten erhielt im Laufe des Abends bei der Räumung der Straßen den tödlichen Schuß. Drei weitere wurden in der Nacht erschossen und zwei schwer verletzt, welche darauf ihren Verletzungen erlagen. Durch Augenzeugen wurde festgestellt, daß die Franzosen

aus nächster Nähe ohne vorherigen Wortwechsel die Personen erschossen haben. Zwei der Leichen mußten von den Deutschen zu der Stelle geschleppt werden, wo die beiden französischen Offiziere erschossen wurden. Die Leichen wurden in die Kullassen der Offiziere gelegt. Bei der Besetzung des Stadthauses heute morgen beschlagnahmten die Franzosen 41 Mil. M. Die Truppen im Stadtdreiß sind beidseitig vermehrt worden. Der hauptstädtische Teil der Pariser Blätter benutzt die Erzählung der beiden Franzosen zum willkommenen Anlaß, die Aufgabe des passiven Widerstandes von Deutschland zu fordern, und verlangt von den Besatzungsbehörden, mit erbarmungsloser Strenge dieses Verbrechen zu bestrafen. Die Presse meint, die deutschen Nationalisten haben mit der Tat die Erzählung von Schlägerer rächen wollen. Der „Gaulois“ schreibt, daß der erste Schuß der Reichskriegler sei, und der „Matin“ schreibt sich dem an, indem er meint, die gefährliche Gefahr der deutschen Regierung trage ihre Früchte. In der „Victoire“ fordert Herold, in der deutschen Presse sei eine feilantische Welpe angeländert worden. Gegenüber der ebenfalls in der französischen Presse aufgestellten Behauptung, daß die Vorgänge in Dortmund als einen Widerhall der Rede des Reichskrieglers auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse am Sonnabend aufzufassen seien, muß darauf hingewiesen werden, daß die Rede und die Tat zeitlich zusammenfielen und die Ausführungen des Reichskrieglers um diese Zeit im Reich noch gar nicht bekannt waren. Diese in den französischen Blättern aufgestellte Behauptung ist lediglich eine Behauptung und kennzeichnet sich selbst.

Paris, 11. Juni. Die Abendpresse bringt keine zusammenhängende Darstellung der Dortmund-Verbrechen. Nur der „Temps“ veröffentlicht eine Meldung, die offenbar von französischer Regierungshandlung stammt. Darin heißt es: Wir hatten gestern gemeldet, daß am Sonnabend zwei französische Feldwebel in Dortmund von drei Deutschen erschossen worden seien. Nach vorläufigen japanischen Berichten aus Dortmund soll dieser Doppelmord nicht auf nationalitäre Agitation zurückzuführen sein. Vielmehr sollen die beiden Franzosen bei einem Streite, der aus einer Auseinandersetzung zwischen noch nicht ermittelten Zivilisten und den Gendarmen entstanden ist, getötet worden sein.

Was gilt ihnen ein Mensch?

Herne, 11. Juni. Am 8. d. M. war Frau Kleine von Franzosen schwer verletzt worden und bald darauf gestorben. Der französische Kommandant hat nunmehr den Angehörigen eine Abfindungssumme von 500 000 M. an, deren Annahme aber abgelehnt wurde. Über den Grund der Verletzung ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Die Revision im Krupp-Prozess.

Düsseldorf, 11. Juni. Der Prozess gegen das Betriebsratsmitglied Müller in zweiter Instanz findet vor dem Düsseldorf'schen Kriegsgericht am Mittwoch, 8. Juni, morgen, statt. Die Verteidigung werden Rechtsanwalt Dr. Morlaud, Dr. Grimm und Dr. Brüllmann übernehmen. Die Kruppdirektoren befinden sich entgegen anders lautenden Meldungen noch immer im Gefängnis Dezerdorf bei Düsseldorf. Sie werden wahrscheinlich als Zeugen in dem Prozess antreten.

Die Gewerkschaften für den Abwehrkampf.

Blin, 12. Juni. Eine Konferenz der Funktionäre der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner aus dem besetzten Gebiet nahm zu den Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte gegen deutsche Eisenbahner eine Entschließung an, in der es heißt: Trotz aller schweren Opfer, welche die Eisenbahner zu tragen haben, sind sie sich dessen bewußt, daß zur Erreichung der Ziele der Freiheit des deutschen Volkes und der Rechte der Menschheit der Abwehrkampf weitergeführt werden muß. Die Folgen, die durch die Aufhebung des Abwehrkampfes sich ergeben würden, wären für das deutsche Volk unerträglich. Von der Regierung werde die gleiche Zielsetzung erwartet.

Das Reichsstaatsbankrottgesetz im Reichstag.

Berlin, 12. Juni. Der Reichstag teilte gestern bei schwacher Beteiligung das Reichsstaatsbankrottgesetz in zweiter Lesung. Für die Sozialdemokraten gab Abg. Janssch eine Darstellung der Entlohnung der Staatsbankrottisten und eine Schilderung der besonderen Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter. Die aus dem eigenen Willen der Bergleute schon vor Jahren unter der kapitalistischen Herrschaft allmählich zu einem Bergmannsluch erworbenen. Der vorliegende Gesetzentwurf biete zwar gewisse bedeutende Fortschritte, wenn auch nicht alle Forderungen der Sozialdemokratie erfüllt werden, deren Streben die, die Sonderarbeiten mehr und mehr zurückzuführen und die ganze deutsche Sozialversicherung zu vereinheitlichen im Sinne einer allgemeinen Volkssicherung. Ein wesentlicher Vorteil des neuen Gesetzes ist, daß die Renten aus anderen Versicherungen nicht mehr auf die Staatsbankrottisten angerechnet werden dürfen. Der Entwurf enthält die Krankenversicherung und die Invalidenversicherung für die im Bergbau Beschäftigten. Bei 25-jähriger Dienstzeit müssen Invalidenrenten und Feuerrenten mindestens 40 Proz. der Durchschnittslohn erreichen. Die Pensionierung tritt entweder ein, wenn der Bergmann Invalide geworden ist oder bei einem Alter von 50 Jahren, wenn der Bergmann eine 25-jährige Dienstzeit hinter sich hat, von der 15 Jahre im wesentlichen bergmännischer Arbeit gewirkt gewesen sind. Jeder, der Grubenarbeit verrichtet, muß Mitglied der Staatsbankrottisten werden. Die früheren Invaliden werden in der Rente den neuen Invaliden gleichgestellt. In der Debatte machten sich große Meinungsverschiedenheiten nicht bemerkbar. Der Zentrumsmann Juchacz versuchte vergebens, der Sozialdemokratie etwas auszuwickeln, er konnte aber auch den Eindruck nicht verbergen, daß die jahrelange Arbeit der organisierten Bergarbeiter einen wenn nicht vollen Erfolg zugunsten der Bergarbeiter erzielt habe. Der sozialistische Bergarbeiter Wiensfeld erklärte ebenfalls, daß seine Partei für das Gesetz stimmen werde, obwohl sie erhebliche Bedenken dagegen habe. Auch der bayerische Volksparteiler Schwarzger sprach sich mit einigen Worten über das Gesetz aus. Heute wird die Beratung über das Gesetz zu Ende geführt.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Wurde die Debatte über die Aufbringung der Mittel zur Brotversorgung für die Sozial- und Kleinrentner, Erwerbslosen usw. fortgesetzt. In den bürgerlichen Parteien sind die kapitalistischen

Elemente mit ungeheuren Eifer am Werke, die Abgabe, die zur Brotversorgung erforderlich ist, auf das denkbar niedrigste Maß herabzubringen. Selbst bürgerliche Rentner setzen sich beharrlich für die Befreiung der Besatzungsmächte von der Handhabung der Besatzungsmacht ein, um die Besatzungsmächte zu schaden, daß sie aber nicht nur das eine Ziel setzen, sich dieser bereits gesetzlich festgelegten Verpflichtung zu entziehen.

Die sozialdemokratischen Rentner fordern, daß die Erwerbslosen, wie dies dem früheren Beschlag des Reichstages entspricht, unter allen Umständen mit in den Kreis der Beschäftigtenberechtigten einbezogen werden. Sie waren auch die einzigen, die den Antrag der Regierung auf Erhöhung der Ausgaben um das Zehnfache unterstützen, während die bürgerlichen Parteien diesen Betrag für viel zu hoch bezeichneten. Von Abg. Schlad (Ztr.) wurde die Verwirklichung beantragt, daß falls diese Summe nicht ausreicht, die Nachzahlung des Reichstages mit Zustimmung des Reichstages möglich sein. Die Rechte gar wollte nur den dreifachen Betrag zugestehen und wandte sich außerordentlich heftig gegen die von Schlad beantragte Erhöhungssumme. Am schlußendlich benutzten sich die Demokraten. Der Abg. Reichart beantragte Aufbringung der Mittel in vier Raten, wobei der erste Termin der 1. Oktober sein soll. Nach langwierigen Erörterungen, bei denen es zu keinerlei Übereinstimmung der verschiedenen Anschauungen kam, wurde die Sitzung vertagt.

Der Untersuchungsausschuss.

Zur Prüfung der Vorgänge beim Zusammenbruch der Einigungsfaktion für die Part hielt am Montag eine interne Sitzung ab, in der das weitere Vorgehen beraten wurde. Der Ausschuss beschloß, in einer internen Sitzung am Mittwoch zur Frage der Handhabung der Betreuer des Staatlichen Reichsanwaltes und zur Frage der Beweisaufklärung für die Eisenbahn Betreuer des Reichsverkehrsministeriums zu hören. Am Montag, dem 18. Juni, soll eine öffentliche Sitzung stattfinden. Geheimrat Gleimius, der Leiter der Untersuchungskommission, und der Untersuchungsminister Lippert sollen aber die Vorgänge vor und am 18. April vernommen werden. Am folgenden Tage soll die Vernehmung erfolgen zu demselben Gegenstand von Direktor Wasserhagen (Deutsche Bank), Reichsminister (Hamburg) sowie den Herren Bernhard (Völkische Zeitung) und Pinner (Berliner Tageblatt). Es herrscht Übereinstimmung im Ausschuss, daß die Vernehmung aller Zeugen unter Eid erfolgen soll.

Das Billionendefizit im Reichshaushalt.

Berlin, 12. Juni. Dem Reichstag ist eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches in den Rechnungsjahren 1920, 1921, 1922 und 1923 zugegangen. Die Übersicht ist anfangs Juni dieses Jahres aufgestellt. Im obersächsischen Haushalt betragen die Einnahmen 1920 und 58,7 Milliarden Mark, deren Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstanden. Im Rechnungsjahr 1921 ergab sich ein Überschuss von 7,2 Milliarden Mark, da den Einnahmen in Höhe von rund 90,7 Milliarden Ausgaben von 83,5 Milliarden gegenüberstanden. Im Jahre 1922 ergab sich ein Fehlbetrag von 13,5 Milliarden Mark, und im Jahre 1923, bis zur Zeit der Aufstellung der Übersicht, ein Fehlbetrag von rund 51,6 Milliarden Mark, da den Einnahmen von 16,7 Billionen Mark Ausgaben von 16,7 Billionen Mark gegenüberstanden. Im außerordentlichen Haushalt ist der Kassenbedarf des Reiches von 123

Moskauer Kammertheater.

Darsteller: „Salome“.

Erste Empfindung beim Aufgehen des Vorhangs ist Theaterwirklichkeit. Eine Wirklichkeit, die mit der bürgerlichen so gut wie gar nichts zu tun hat, so fast in allem ihr Gegenteil ist. Und doch dem Gefühl des Betrachters sich so einheitlich darstellt, wie die reale Welt.

Aber die Bühnenbreite verteilt, vor einer künstlichen Hintergrundwand, die das Spiel fast vollständig in den Vordergrund drängt, stehen in fernen Höhenabständen, die Regierenden. Hinter der Szene, fremdartig, sinnlos, morgenländische Musik vom Rand des Orchesters. Abendrotlicht krocht wider von der Kühlung der beiden Krieger am Eingange. Die Masken schwarz, prägnant, bildhaft, jede einzelne individuell zugespitzt, im einträumlichen Höhepunkt der Wirkung festgehalten. Von der Seite her, wo der starke schwarze Rabier vor dem unterirdischen Verlies des Jochanaan Wache hält, läßt ab und zu, aus dem Erdinneren, die Stimme des Predigers in der Wüste. Salome kommt. Kämpferisch gleitend, unwirklich (im Alltagsleben) in Bewegung, Wüste, Erpöckung, wie dies ganze Spiel. Wie dies Werden um den gefangenen Käufer, den Heuschreckenesser. Wie die Verführungsgeste mit dem armen, bedröhten Rabier.

Dann fuhrt, in breiten Stufen, orientalischer Spatz herein: der Teufel, lästernd-brutal, exhibitionistisch ohne Scham; die ewig leibende, unglücklich verheiratete Herodiade; Tigellin, der feiste, kostierte römische Regal, undernoch, verwundert lächelnd auf dies aufgezogene Getue der Wogenländer; arme Rosarenen, sechs Eddys, alle, alle, alle Schicksalgelehrte, schöne Sklavinnen. Und endlich der wilde Tanz um das Haupt des goldschmückigen, stolzen Jochanaan, dies ihre verübte Spiel mit dem blutigen Rabierkopf — Metaphysik, Kismet verdochterer Wenden: alles unwirklich wie

ein Traum und doch, wie der, voll himmlischer innerster Reizbarkeit. Synthetisches Theater. Neue Bühnenwirklichkeit.

Der Darsteller ist Herrscher und zugleich testlos opfernder Diener in diesem Bereich entfesselter Spieltriebe. Jeder Einzelne differenziertste Persönlichkeit, eine Welt für sich. Fast ist man bedenklich, hier von Kompanie, von Statisten, zu sprechen. Es gibt nichts Unwichtiges in diesem Ensemble, das als untrennbare Einheit dem Geistes des Spielers entspricht.

Alexander Tairoff berührt sich in der Methodik der Schulung seiner Darsteller, in der Auffassung des Raumproblems und im Gebrauch der pittoresken Geste, der hieratisch strengen Pose, vielfach mit Gaud-Berdom. Beide wollen die Verbindung von Mythen und Wimos; beide streben nach dem antiken Theater zurück; beide wollen den Tanzschritt, das Irationale, wieder heiligen.

Aber Tairoff ist der Kühnere von beiden, unerschütterlich als künstlerische Potenz, seine Regie intentionell, in diesem Sinne theatralisch.

Die Salome spielt Alice Koonen. Sie kam von Stanislavski's Kammerspieler her zu Tairoff, ist Bühnenkünstlerin eines Kammertheaters und zweifellos eine große Künstlerin. Aber für die Salome ist sie — man möchte sagen: zu menschlich. Diesem besetzten Gesicht ist die tierische Brunn des Sabinismus fremd; nur in den schlangenhaften Bewegungen, in dem tapferhaften Spiel mit dem Haupt des Käufers, in der wahnwitzigen Beharrlichkeit des Forderens drückt Animalisches hervor. Nikolai Beretelli, der klassische Darsteller des Stils dieser Bühne, ist als Jochanaan der tühne, goldschmückte Begleiter des Herrn; auf engen Bewegungsräumen beständig, ansehnlich der Künstler einen erstaunlichen Reichtum an mimischen Ausdrucksmitteln, Jwan Meladin, der Darsteller des Herodes, massiv und kurz, aufgeschwemmt durch Böllerei, launisch-bizarren Wackelpfing und Tyrann: ein befehlender Nach-

alb. Sergei Zenin, als weltmännischer Delegat, ist mit Zug apaisch, Helena Posa-jewa hingegen, als hysterische Mutter der Salome, hat dazu weniger Veranlassung.

Alexandra Exter's Bühnengestaltung und Kostüme und die Musik von Gutie (unter H. Redinert's Leitung) sind der zusammenfassenden Kraft Tairoff'scher Spiellongituden adäquat, vermitteln komplexe Empfindung in möglichst gedregter Form.

Der Eindruck der Darstellung auf das Premierenpublikum war sehr stark. Die Hervorrufe wollten kein Ende nehmen. Es war der Entschluß, das Leben zu werden neuer Kunst begrüßt.

Uebigau.

Der Dresdner Geschichtsverein begann seine Wanderung nach Uebigau am Japanischen Palais; denn Uebigauer Schloß und Japanisches Palais stehen in innerem Zusammenhange: beide Schöpfungen Flemming's, beide entstanden von seinem Herrn und Meister, von August dem Starcken. Aber während dieser sich in seinem Dresdner Schloße einen städtischen Grundbau schuf, kam es ihm in Uebigau nur darauf an, einen Landhof zu gestalten: hier Sandsteinfassaden, dort nur Putzputz; hier Kupferdach, dort nur Blechdach! Welchen gemeinsamen aber der Wozten, der die natürliche Fortsetzung jeder Schloßanlage jener Tage war. Der Verein benutzte den rechtselbischen „Treibweg“, auf dem einst die Kommissäre, die Schiffsleute, ihr oft recht mühsames Handwerk betrieben haben. Hierbei ging's an elektrisch betriebenen Kranen, die recht mittelaltig auf die noch im Dampfstaat arbeitenden herabschauen; wobei an der Stelle, wo einst die „Reudorfer Schiffschleife“ gelaufen hat, die auch einmal „geigemas“ gemeint ist — die Bewohner von Uebigau, Uebigau und Trachau waren gezwungen, bestimmte Mengen Heu's Getreides dort mahlen zu lassen; mit Kuffern des

Wahlwanges hatte ihr Strohbindeln geschlagen! Uebigau wurde erreicht — ein echtes Dorf, eine Stelle der Arbeit, kein Ort der Erholung wie etwa Blasewitz. Uebigau bildet bei Hochwasser eine Insel. Aber der Fischschlamm, der dabei zur Ablagerung gelangt, hat den Boden sehr gut gemacht, so daß das Gebiet bereits vor den Sorgen des Weltes gewahrt ist: Gräberfunde auf dem Gebiet der jetzigen „Werk“ beweisen das. So gar ein Goldfund befindet sich darunter, für welchen eine ganz große Seltenheit! Fischfang ist von jeher die Haupteinnahmequelle der Uebiger jener Gegend gewesen — Fischfang als Grundbesitz! Besonders der Zachsengang muß sehr ergiebig gewesen sein, so ergiebig, daß sich einmal die Dresdner Blaukollen geweiht haben, immer wieder Nachs essen zu müssen! Die Uebiger wurden mit „Schiff und Geschir“ verkauft, eine Nebenart, die hier also wertvoll zu lassen ist. Gebietsherr war der Reichner Bischof: Bischofsgräber in Uebigau, Bischofsweg! Das Uebigau hat sich in Uebigau und den Nachbardsorten sehr lange gehalten — um 1400 ist es verboten worden —; das Wort „Votischeramoh“ (Kommt zusammen!) hat aber noch bis in die Gegenwart die Gemeinde zusammengetrieben!

Das eigentliche Ziel der geschichtlichen Wanderung, das Uebigauer Schloß, ist ein Werk Casaubers, deselden Baumeisters, der Wobisjow und Schloß Chyotoltenburg gebaut und das Berliner Stadtschloß vollendet hat. 1724 wurde der Bau vom Grafen Flemming begonnen; 1726 kaufte der König das entfallende Schloß. Auf seine Veranlassung sind wahrscheinlich die Terrassen, die Treppe nach der Erde und die Landgänge und Pavillons zurückzuführen: Uebigau erlebte seine Blütezeit aber erst unter August des Starcken Nachfolger, unter seinem Sohne Friedrich August II. Erinnert sei vor allem an das Lustlager von Uebigau vom Jahre 1755. Während des siebenjährigen Krieges, bei der Besetzung Dresdens 1760, diente es dem österreichischen Feldmarschall Daun als Stützpunkt

Millarden Mark auf 7511 Milliarden Mark ge-  
steigert. Dazu kommt der Gehaltsbeitrag im arbeits-  
lichen Haushalt von 5116 Milliarden Mark, jedoch  
der Anteil des Reiches für 1924 rund  
12,5 Milliarden Mark beträgt. Dazu kommen der  
Gesamtschuld und Anteilbedarf beim arbeits-  
lichen und außerordentlichen Haushalt der  
Reichspostverwaltung und Eisenbahn-  
verwaltung in Höhe von 5521 Milliarden Mark  
und außerdem rund 1732 Milliarden Mark in  
Ausführung des Friedensvertrages.

### Der Münchener Hochverratsprozess

München, 11. Juni.  
Bei Beginn der Montagssitzung hat der  
Staatsanwalt Beweis dafür an, daß der Ange-  
klagte auch erst dann die Anwartschaft erlangt,  
wenn er ihm Urteil bringe. Als eine solche  
Tatsache sei anzuführen, daß auch behauptet,  
nach dem Tode des Königs Ludwig III. von dem  
Kronprinzen Rupprecht beauftragt worden zu  
sein, die Entsendung eines französischen Ab-  
gesandten zu einer politischen Aus-  
sprache mit Rupprecht zu erwirken. Als  
Zeuge dafür wird vom Staatsanwalt der Baron  
Eoden genannt, der erst drei wenigen Monaten  
an dem Staatsdienst angetreten und in den  
Privatbesitz Rupprechts eingetreten ist.

Als dieses Angebot des Staatsanwaltes hin-  
sichtlich der Verteidigung des Königs, Graf v. Ra-  
tzeburg, folgende hochwichtige politische Aus-  
sagen:

„Das Verteidigungsangebot des Staatsanwaltes ist  
von größter politischer Tragweite. Die Ver-  
teidigung hat sich bisher eine absolute Zurück-  
haltung anerkannt. Bei dem Verlangen des  
Staatsanwaltes muß ich mir, der ich in Bayern  
Liebe, Achtung und Ehrfurcht vor dem Hause  
Wittelsbach habe, überlegen, ob ich nicht,  
angelehnt der Pflicht der Verteidigung, das mit  
teure Gefühl zurückstellen und beantragen muß,  
daß nun auch Kronprinz Rupprecht als  
Zeuge geladen wird. Wird Eoden vernommen,  
dann beantrage ich, die Verhandlung auf drei  
Tage auszuschieben, damit ich die Verteidigung in  
ganz andere Bahnen lenke. Ich bin dann  
auch geneigt, hochbedeutende politische Be-  
weisangebote zu machen.“

Nach kurzer Beratung veränderte das Gericht  
den Beschluß, die Anträge des Staatsanwaltes  
und des Verteidigers auszusprechen bis nach der  
Berechnung sämtlicher bisher geladener Zeugen.

Von den Zeugnisaussagen des heutigen Tages  
sind nur einige Bemerkungen des früheren Vor-  
sitzenden des Münchener Hochverrats, Pantow,  
erwähnungswert, der bis zur Verhaftung des  
Königs und Kronprinzen (28. Febr.) Führer der  
Mafschingengewehrkompanie im Münchener  
Zentrum gewesen ist. Er schildert die großdeutschen  
Tendenzen des Bundes, ferner die verschiedenen  
Parteien der Bundesleitung für eine bevorstehende  
Revolution und schließlich wiederholt, daß ein Mit-  
glied der Regierung Euden für die An-  
gehörigen des Bundes Bürger und die ihm ver-  
wandten Organisationen zum Tötungslagen ge-  
eignet hätte. Ob Euden freiwillig oder auf rein  
parlamentarischem Wege zurückgetreten wäre, hätte  
dabei keine Rolle gespielt. Der dritte Zeuge  
Euden als Reichsminister wäre, wie der Zeuge  
auf wiederholtes Befragen angibt, für diese Zeuge  
gleichbedeutend gewesen mit dem Ausdruck des  
Wahnsinnigen.

Im übrigen war der ganze Tag angefüllt  
mit Vorlesungen des Verteidigers Grafen v. Ratzeburg  
gegen die vier Beschuldigungen. Durch eine  
endlose Reihe von Fragen, die vom Gerichtshof  
als teilweise nicht zur Sache gehörig abgelehnt  
wurden, komplizierte er die Aussagen des Zeugen  
Friedemann in außerordentlicher Weise. Schließ-  
lich kam es dann auch zwischen ihm und dem  
Vorherrschenden zu einem heftigen Zusammenstoß.  
Dem Vorherrschenden ist die Schuld mit folgendem  
Wortlaut: „Ich finde es eine ungewöhn-  
liche Zeit, wenn man einen Zeugen so  
bestimmt, wie es geschehen ist.“ Das  
gab nun dem Verteidiger Gelegenheit, in seinen  
Schlußworten gegen den Gerichtshof zu pro-  
testieren und festzustellen, daß das Gericht  
seiner Kompetenzen weit überschritten habe. Da-  
mit wurde die Montagssitzung geschlossen.

### Abflauen des Streiks in Oberschlesien.

Oberschlesien, 11. Juni.  
Die gewerkschaftlichen Verteilungen des ober-  
schlesischen Industriegebietes haben aus Anlaß der  
kommunistischen und unionistischen Agitation an die  
Arbeitererschaft einen Aufruf geschickt, in dem sie  
ihre Mitglieder auffordern, im eigenen und im  
Interesse ihrer kollektiven Familien bei der  
Arbeit zu verbleiben. Nach dem Verlauf  
des Montagsschichtes zu schließen dürfte dieser  
Aufruf seine Wirkung nicht verfehlen. Die arbeits-  
willigen Elemente haben z. T. versucht, sich mit  
Gewalt Einlaß in die Betriebe zu verschaffen.  
Auf die kommunistischen und unionistischen Agita-  
toren hat dieses Verhalten gewirkt. In amt-  
lichen Kreisen glaubt man, daß der Streik brechen  
abflaut.

### Die Landtagswahlen in Oldenburg.

Oldenburg, 11. Juni.  
Die Wahlen zum oldenburgischen Landtag  
haben folgendes vorläufige Ergebnis: Abgegeben  
179 000 Stimmen. Davon entfallen auf die  
Deutschnationalen 136 000 Stimmen, Deutsche  
Volkspartei 35 000, Zentrum 37 000, De-  
mokraten 35 000, Sozialdemokraten 46 000,  
u. S. P. 3500 und Kommunisten 10 000  
Stimmen. Es erhalten demnach voraussichtlich  
die Deutschnationalen drei Sitze, Deutsche  
Volkspartei neun, Zentrum neun, Demokraten  
neun, Sozialdemokraten elf, u. S. P. keinen  
und die Kommunisten zwei bis drei Sitze.  
Nach diesem Ergebnis haben die Deutschnationalen  
drei Mandate gewonnen, die Demokraten zwei,  
die Kommunisten zwei bis drei und die Deutsche  
Volkspartei drei verloren.

### Neufestsetzung der Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 11. Juni.  
Bei den heutigen Verhandlungen  
im Bergbau hat das Schlichtergericht für die west-  
lichen Kohlenreviere einen Spruch gefällt, wonach  
die Löhne je Schicht vom 15. d. M. ab, ein-  
schließlich der sozialen Zulagen, die darin ent-

halten sind, um durchschnittlich 15 000 M. erhöht  
werden. Für das ober- und niederschlesische  
Steinkohlegebiet kam eine Erhöhung dahin  
zustande, daß in Oberschlesien die Löhne in voller  
Höhe der Höhe des Ruhrgebietes, in Niederschlesien  
durchschnittlich um 13 000 M. je Schicht erhöht  
werden.

### Die österreichische Kutsche über- zeichnet.

Wien, 11. Juni.  
Nach einer beim Völkerverbundskommissar Dr.  
Zimmermann eingelaufenen Depesche ist die  
Zeichnung auf die Kutsche, deren Sub-  
skriptionsschlüssel vom 9. bis 14. d. M. schloß  
war, heute um 11 Uhr geschlossen worden,  
nachdem sie eine dreifache Überzeichnung  
erhielt. Nach einer Meldung aus New York  
teilt die Firma Motgan mit, daß die von ihr  
angebotenen 25 Millionen Dollar 5 Prozent öster-  
reichischer Obligationen zum Kurse von 90 Pro-  
zent in einer Viertelstunde gezeichnet waren.

### Die neue russische Note an England.

London, 11. Juni.  
Mac Kell teilte im Unterhause mit, daß die  
russische Antwort auf die letzte britische  
Note heute morgen eingeht. Er  
könne aber keine näheren Angaben machen. Den  
Blättern zufolge ist die neue russische Note in  
verschiedenen Punkten von der letzten  
Gegensatzpunkten gezeichnet. Die von  
Großbritannien geforderten Entschädigungen an  
englische Amerikaner wurden bewilligt. Die  
Sowjetregierung erklärte sich bereit,  
die russischen Gebirgsabteilungen abzugeben,  
denen nachgewiesen werde, daß sie Sabotage-  
betrieben hätten.

### Der neue Kurs in Bulgarien.

Berlin, 12. Juni.  
Wie die Bulg. Teleg.-Agentur aus Sofia meldet,  
nimmt das Vertrauen des Landes zur neuen  
Regierung zu. Die Führer der Kommunisten er-  
klärten heute früh dem Minister des Innern, die  
kommunistische Partei werde einen lokalen Stand-  
punkt beobachten. Es werden keine außerordent-  
lichen Maßnahmen getroffen. Nach die Zeitung  
ist nicht verändert worden. Wie der „Kölnischen  
Zeitung“ aus Belgrad gemeldet wird, ist die  
bulgarische Grenze gegen Südserbien  
seit gestern schloß. Auf der bulgarischen  
Grenzeformation Tsaganow werden alle Reisenden  
von revolutionären Offizieren auf strengste re-  
vidiert. Seit dem Umsturz ist gestern früh der  
erste Eisenbahnzug auf der Grenzstation Jarubrod  
angekommen. Wie nachträglich bekannt wird, sind  
während des Umsturzes am Sonnabend  
achtzig Gendarmen und fünf Polizei-  
beamte getötet worden.  
Aus hiesigen bulgarischen Kreisen wird dem  
„V. Z.“ mitgeteilt: Der neue bulgarische Minister-  
präsident, Prof. Alexander Jankow, hat sich  
als Universitätsprofessor den Namen eines hervor-  
ragenden modernen Nationalökonomien ge-  
schrieben. Er ist Verfasser zahlreicher wissen-  
schaftlicher Schriften, unter denen „Der Krieg der  
Völker und seine Folgen“ (1921) besondere Auf-  
merksamkeit erregt hat. Jankow ist als Eproh  
eines altbulgarischen Bauerngeschlechts 1879 in  
Kochanowo (Donau) geboren. Er besuchte das  
Gymnasium in Plovdiv und die Uni-  
versität Sofia. Schon als Student ein eifriger

Sozialdemokrat, wurde er im Jahre 1900  
wegen Unterstützung einer Union gegen die da-  
malige russischfreundliche Regierung von der Uni-  
versität ausgeschlossen, aber schon ein Jahr darauf  
unter einer anderen Regierung wieder zugelassen.  
Er publiziert auch in Plovdiv, Berlin und München  
und war u. a. Schüler von Johannes Conrad  
und Combar. Später wurde er selbst Professor  
der Nationalökonomie an der Universität Sofia.  
1920 wurde er zum Rektor der Universität ge-  
wählt. Als übergeleiteter Demokrat während des  
Diktators Stamboliski hat er sich erst neuerdings  
aktiv politisch betätigt. Im „Elova“, dem Organ  
des „Kreuzes Egozov“ (des „Nationalvereins“),  
hat er zusammen mit dem von Stamboliski-  
anhängern später ermordeten früheren Genossen  
Tschew eine sozial oppositionelle Kritik an der  
Regierung Stamboliski geübt, dem er selbst  
früher als Vorkämpfer der Demokratie seine  
Sympathien zugewendet hatte. In National-  
vereinigungen entstand als politische Gruppe,  
in der sich die Gegner der bulgarischen  
Diktatur zusammenschlossen. Ihren Kern bildeten  
die Intellektuellen sowie Reformeroffiziere. Die  
Bewegung, die Stamboliski jätzte, ist nicht  
nationalistisch und steht mit den maßgeblichen  
Revolutionären und Komitees in keiner Ver-  
bindung. Es ist zu beachten, daß die neue  
Ministerliste sich aus allen bulgarischen politischen  
Parteien, die Kommunisten ausgenommen, zu-  
sammensetzt.  
Die neue Regierung wurde durch einen Ufa  
des Königs Boris gebildet. Sie setzt sich  
folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident:  
Prof. Jankow; Minister des Innern:  
Kajow; Kriegsminister: Oberst Dulow;  
Innenminister: Generalmajor Kusow; Land-  
wirtschafts- und privatischer Minister:  
Kajow; Handelsminister: Kowalewsky;  
Justizminister: Smilow; Minister für öffentliche  
Arbeiten: Stojenski; Finanzminister:  
Kajow; Finanzminister: Todorow.

### Ismet Pascha bleibt fest.

Sofia, 11. Juni.  
Ismet Pascha überreichte heute mittig den  
alliierten Bevollmächtigten eine Note,  
worin er darlegt, daß die Zahlung der  
Kupons der osmanischen Schuld in  
Gold für die Türkei angesichts ihrer finanziellen  
Schwierigkeiten völlig unmöglich sei, daß die  
türkische Delegation daher auf ihrem Standpunkt  
beharren müsse, wonach die Kupons in französi-  
schen Franken oder einer gleichartigen Welle nach  
heutigem Frankenkurs zu bezahlen sind.  
Die Alliierten lehnten die türkische  
Kaufung ab und forderten die Türkei auf,  
sich von neuem mit ihrer Regierung in Ver-  
bindung zu setzen. Ismet Pascha erklärte, daß  
er seine Regierung von dem negativen Verlauf  
der Sitzung unterrichten werde. In türkischen  
Kreisen bezeichnet man die Lage als sehr ge-  
spannt, hebt aber hervor, daß von den Alliierten  
kein Ultimatum vorliegt und daß von  
einem Abbruch der Konferenz keine  
Rede sei, sondern nur, daß beide Parteien auf  
ihrem bisherigen Standpunkte verharren.

### Das Nachspiel zur Ermordung Vorowski.

Moskau, 11. Juni.  
Die Freie veröffentlicht ein Telegramm,  
das der Volkstribunal für die aufwändige An-  
gelegenheiten gefordert an die sowjetische

Schmer hat der Reich während dieses Krieges zu  
leiden gehabt. Aber noch 1840 konnte Schiller  
schreiben, daß Abigaus Oeangrie weillandig sei.  
Heute freilich ist all die Frucht verschwunden; die  
Frucht, der letzte Reifer, hat kein Geld für  
diese Ernte, die zu schätzen dem „Reichs-  
tag“ schwer geliebt ist. Die „Reise“ hat aber  
im Laufe der Jahrzehnte eifriger Arbeit nicht  
nur materielle Werte geschaffen, gerade so ist es  
vielmehr gewesen, die mit dazu beigetragen hat,  
Sachsen-Deutschland vom Ausland, von England  
unabhängig zu machen, und zwar durch den Bau  
der ersten Lokomotive und des ersten Dampf-  
schiffes. Sollte sie da nicht auch für diesen  
dualen Zweck Mittel zur Verfügung stellen? O. R.

Wissenschaftliches Hilfsband. Die diesjährige  
ordentliche Mitgliederversammlung des Ditz-  
schauischen Vereins des Akademischen Hilfs-  
bundes fand am 17. Mai statt. An Stelle des durch  
Krankheit verhinderten Vorsitzenden Geh. Hofrat  
Prof. Dr. Max Forster ersetzte Justizrat Dr.  
Reutheold den Jahresbericht. Demnach  
habe der Akademische Hilfsbund gegenwärtig  
1042 Mitglieder. An Unterstufen wurden im  
vergangenen Jahre 44 800 M. veranschlagt, davon  
an Kriegswaisenkinder 22 500 M., an Hinterbliebenen  
22 300 M. Der Schachmeister Dr. Heinrich  
Kunzold ersetzte den Kassier, welcher  
genehmigt wurde. Sowohl dem Vorstande, als  
auch dem Schachmeister wurde Entlassung erteilt.  
Güterbeiträge sind im neuen Jahre namhafte  
Beträge für den Akademischen Hilfsbund ein-  
gegangen, jedoch die Beiträge der inzwischen ein-  
getretenen Geldbesitzer auf präcedent wesent-  
lich erhöht werden konnten. An größeren Einlagen  
sind in diesem Jahre zu verzeichnen:  
250 000 M. von Firma Lindemann & Co.,  
250 000 M. von Epimachow-W., Wittenberg l. B.,  
250 000 M. von Bronnart Edme, Grotzen,  
200 000 M. von der Internationalen Kassation  
für Dresden-Rolle, 200 000 M. von Dresdner  
Schneiderei-Fabrik, Grotzen, 150 000 M.  
Erlöse ausläufiger Geschäftsleute des Ban-

haus's Wehr. Arnold, 100 000 M. von der Bank  
für Braunschweig, 100 000 M. von der Ober-  
sächsischen Zuckersabrik A.-G., Löhau, 50 000 M. von  
Danzig & Posen, 50 000 M. von Danziger-Industrie-  
aktiengesellschaft, 50 000 M. von Haupt-Industrie-  
werk A.-G., Wenzler, 50 000 M. von Carl Fabn,  
Wesinghoffer, Wenzler, 50 000 M. von Sächsische  
Carbonagen-Werke A.-G., 50 000 M. von der  
Fornhäuser und Nationalbank.  
Die Mitglieder und Gönner werden gebeten,  
ihren diesjährigen Mitgliedsbeitrag auf das Post-  
scheckkonto Nr. 16576 oder beim Bankhaus  
Wehr. Arnold einzusenden, da der Umlofen wegen  
daraus abgesehen wurde, die Mitgliederbeiträge  
einzusammeln zu lassen.

Musiknachrichten. Im Deutschen Opern-  
haus in Charlottenburg ist die jüngste  
Opernschöpfung des Hausleiters der Charlotten-  
burger Oper, Franz Wagnharter, „Satanie!“,  
Text von Fodor Wlo, zur Aufführung ge-  
kommen. Es ist eine eigene Sache um Wagnharter's  
musikromantisches Schaffen: Seine Operetten neigen  
alle zur großen Oper hin, und seine Oper-  
schöpfungen enthalten nie die leichtfertigen Glanz-  
heit der Operette. Auch die phantastisch-komische  
Oper „Satanie!“ handelt mit der leichtesten Hand  
der Operette. Dafür entschädigt sie durch eine  
ausfallsreiche Idee und durch eine Reihe thematisch  
wirkungsvoller Choräle und melodisch-schöner  
wirkungsreicher Nummern. Die Aufführung der Oper  
wurde durch Fritz Stolzenberg, Paul Hansen und  
Edward Raab und durch die geschickte Ausgestaltung  
des ausgebeuteten pantomimischen Weitzel zu  
einem lebhaften Erfolg für den Komponisten, der  
sich wiederholt vor dem Publikum zeigen mußte.  
— Vom 16. bis 18. Juni findet in Kolberg  
das 3. pommerische Musikfest statt. Es wird  
vor allem unter dem Beizeln Martin Pläbde-  
manns stehen, der leider allzu unbekanntem Kol-  
berger Bühnenkomponisten, der neben Poeme und  
Deutschen das Große an Balladenkompositionen  
besitzt hat, was wir besitzen. Acht Bände mit  
Balladen sind sein Lebenswerk, aus denen „Sieg-  
frieds Schwert“ und „Eden Margret und Doro  
William“ als besonders bemerkenswert hervortreten.  
In den Dienst dieses vergessenen niederbaltischen

Komponisten wird auf dem Kolberger Musikfest  
Kammerjäger Kronberg seine Kunst einbringen.  
— Das Programm der im Juli in Paris  
stattfindenden internationalen Festspiele  
sieht folgende Aufführungen vor: Die Resler-  
inger von Nürnberg“ unter der Leitung Helly  
Bringartners, „Gändels Rodelinde“ durch die  
Staatstheater Oper und Urich Band, Schillers  
„Rabe und Diebe“ unter der Spielleitung Max  
Reinhardt, „Der Barbier von Seville“ durch  
das Mailänder Scala-Theater unter Antonio  
Guaneri, Russjorgis „Boris Godunow“  
durch die Dresdener Staatsoper unter  
wechselnder Leitung von Generalmusikdirektor  
Fritz Busch und Jijal Dobrowen.  
Theaternachrichten. Sächsische Staats-  
theater. Opernhaus. Donnerstag, am  
14. d. M., in neuer Einstudierung und Inszenierung:  
„Rida“ mit Elisabeth Reiberg in der Titel-  
rolle, Max Hugel als Rabanes, ferner Julius  
Pallik — König, Irma Terbani — Königin,  
Willy Wader — Kammerling, Friedrich Wasthale —  
König von Kethiopien. Die vorzunehmenden Länge,  
vom Balletmeister Heinrich Krüger vom Staats-  
theater in München als Gast einstudiert, werden  
von Suzanne Tombois, Walter Kreibitzsch, dem  
Ballettchor und der Ballettschule aufgeführt.  
Musikalische Leitung: Hermann Ruffschöck. Spiel-  
leitung: Georg Hartmann. Einbildungung der  
Chöre: Karl Wendt. Bühnenbild: Max Hugel  
und Arthur Papp. Trachten: Leonhard Hants.  
Auffang 6 Uhr.  
Schauspielhaus. Für die kommende  
Spielzeit ist eine grundlegende Reorganisa-  
tion des Abonnementes im Schau-  
spielhaus beschlossen worden. Die Nachfrage  
ist so gewaltig gestiegen, daß seit Jahren nur ein  
kleiner Teil der Bewerbern um Anrechtsscheine  
beachtlich werden kann. Andererseits besteht  
längst in sehr zahlreichen Fällen die Abgabe,  
daß die Inhaber von Anrechtsscheinen sich mit einer  
anderen Person in die Benutzung teilen, wobei  
kein tatsächlich getrodene zwei Abonnementstufen  
für jeden der fünf Anrechtsscheine bereit stehen.  
Dieser Zustand, der sich im Laufe der Entwicklung  
allmählich herausgebildet hat, soll nun gestif-  
tetem amtlich beseitigt werden. In der Spiel-  
zeit 1923/24 wird eine Teilung der Anrecht-

vorstellungen in eine Reihe A und eine Reihe B  
vorgenommen werden; die Reihen A und B wech-  
seln wöchentlich ab. Es wird also mit anderen  
Worten künftig ein vierzehn Tage-  
Abonnement statt des bisherigen  
Wochen-Abonnementes ausgegeben. Dadurch  
ist es möglich, die doppelte Anzahl von Bewer-  
bungen um Anrechtsscheine zu berücksichtigen. Wer  
jedoch den Wunsch hat, sich in der bisherigen Weise  
allwöchentlich eine Anrechtsscheine zu sichern,  
der kann dieses Ziel durch Erwerbung zweier An-  
rechtsscheine (in der Reihe A und B) ohne weiteres  
erreichen. Für die künstlerische Leitung des Schau-  
spielhauses erwacht aus dieser Reorganisation die  
Bartel, daß für die Stücke viel gründlicher als  
bisher erwähnen kann und damit zugleich auch für  
die Vorbereitung von neuen Stücken mehr Ruhe  
und größeren Spielraum gewinnt. Die Preise der  
Anrechtsscheine werden sich etwa 75 Pro-  
zent der jeweils geltenden Kassapreise zuzüglich Wohl-  
fahrtssteuer und Sozialabgabe betragen. Die An-  
rechtsscheine der Reihe A beginnen am  
3. September und enden am 14. Juni 1924; die  
Anrechtsscheine der Reihe B beginnen am  
10. September und enden am 21. Juni 1924.  
Jedes Anrecht bindet den Inhaber für 20 Vor-  
stellungen, die sich auf die Dauer der ganzen  
Spielzeit (abgesehen von der Weihnachts- und  
Osterwoche) verteilen.  
An die bisherigen Anrechtsscheine, die ihre  
Anrecht für eine oder beide Vorstellungsreihen er-  
neuern wollen, werden die neuen Anrechtsscheine  
vom 18. bis mit 22. Juni vormittags von  
10 bis 2 Uhr (Sonntag von 11 Uhr ab) an der  
Kasse des Schauspielhauses (Eingang Ost-Tür)  
ausgegeben. Bewerbungen auf neue Anrecht-  
scheine werden nach Möglichkeit berücksichtigt und sind bis  
zum 17. Juni schriftlich an die Schau-  
spielhauskasse zu richten.  
Mittwoch, am 13. Juni, die beiden  
Stückreihen „Hänsel und Gretel“ und  
„Mit dem Feuerstein“. Auffang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Am Donnerstag, den  
14. Juni, 3—4 Uhr nachmittags findet in der  
Schauspielhauskassation eine Sitzung zur  
Besten des „Reichstages“ statt. Der Aufsicht  
Dr. Walter Müller wird die Originale der  
Antragstellung erläutern.

Regierung gerichtet hat. Tischthierin stellt darin fest, daß die Erklärung der Schweizerischen Behörden, die Delegierten der Sowjetregierung hätten keine diplomatischen Funktionen gehabt, jeder Begründung entbehre. Die gegenwärtige Lausanner Konferenz sei eine Fortsetzung der früheren. Die Schweizerischen Behörden hätten jedoch Worowski in seinem Posthum als Teilnehmer der Lausanner Konferenz bezeichnet. Das weitere Verhalten der Schweizerischen Behörden, die Personen, die an der Ermordung Worowskis offenbar mitschuldig seien, aus der Haft entlassen hätten oder überhaupt unbefähigt ließen und den Mordern jede Freiheit gewährt, bestätige die Richtigkeit der von der Sowjetregierung erhobenen Vorwürfe. Das Verhalten der Schweizerischen Regierung müsse als Mißhandlung am Verdachten bezeichnet werden.

**Haller — polnischer Generalstabchef.**

Warschau, 11. Juni.  
Der Ministerialbeschluss, dem General v. Haller den Posten des Generalstabchefs zu übertragen. Haller hat dieses Amt bereits in den Jahren 1919 und 1920 bekleidet. Der General ist durch seine charakteristische Haltung, namentlich während der Abkündigungzeit in Oberschlesien, besonders bekannt geworden.

**Dresden.**

**Verkehr mit Vollmilch.**

Seit Ende der 11. und 2. der Milchbekanntmachung vom 25. Mai 1921 wieder in Kraft, und die am 14. März 1923 erlassene Bekanntmachung über geklagte Verletzung der Vollmilchmarken verliert ihre Gültigkeit. Es sind demnach alle ausgegebenen Vollmilchmarken wieder voll zu beliefern. Nach 10 Uhr vormittags ist es dem Milchhandel gestattet, noch vorhandene Milch ohne Marken an Verbraucher abzugeben. Der Verkauf von Vollmilch an Hotels, Gastwirtschaften, Kaffees, Konditoreien usw. bleibt nach wie vor verboten. — Vom 10. Juni ab ist bis auf weiteres der Preiszuschlag für den eingeführten Liter Vollmilch von 8 M. 10 Pf. auf 18 M. 89 Pf. erhöht worden.

\* Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni gezogen. Die Lose sind bis 18. Juni zu erneuern.

\* Der Rat erlucht, Anfragen und Ersuchen an ihn, welche die Stellung einer Kaufkraft oberhalbigen Amtsstube betreffen, die allen im Interesse des Ansehens liegt, einen Freiumschlag oder Freimarke beizufügen.

\* Kleingartenamtstelle. Zur Förderung des Kleingartenwesens ist die Stadtgartenverwaltung seit dem 1. April eine Kleingartenamtstelle angegliedert und mit deren Leitung Stadtdirektor v. Haller beauftragt worden. Eingaben und Anfragen über Kleingärten sind an die Verwaltung der Stadtgartenanlagen in Dresden-Habitz 1, Schulgasse 4, III, zu richten. Sprechstunden ebenda jeden Dienstag nachmittags 4 bis 6 Uhr.

\* Ortsgruppe Dresden für deutsche Jugendherbergen. Im Rahmen der Ausstellung „Sport und Spiel“ hält der 1. Vorsitzende des Verbandes für deutsche Jugendherbergen, Richard Schiermann, Altena (Westfalen), am nächsten Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Ausstellung an der Rennstraße einen Vortrag über Jugendherbergen und Jugendherbergen.

\* Feuerbestattung. In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden sind im Monat Mai dieses Jahres 229 Einäscherungen erfolgt, und zwar 125 männlichen und 104 weiblichen Geschlechts. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 11190 Einäscherungen.

Verband Deutscher Reklamesachleute. Eine reklamesachliche Führung und Befichtigung der Ausstellung „Spiel und Sport“ Dresden im Jahreschau 1923 veranstaltet mit Gäten Freitag, 15. Juni, abends 7 1/2 Uhr die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Deutscher Reklamesachleute G. B. Treffpunkt bis 7 1/2 Uhr im Vorraum des Verwaltungsbüros der Jahreschau, Rennstraße. Anschließend gegen 7 Uhr im Sitzungssaal des Ausstellungstheaters: Aussprache - Abend über die „Garett“ (Stadion-Reklamestraße).

**Aus Sachsen.**

**Kartoffelpreis.**

(N.) Die Kartoffelpreisanforderungskommission hat am 11. d. M. einen Erzeugerpreis von 8500 bis 9000 M. für den Zentner für weiße, rote und gelbbraune Sorten notiert.

**Offene Stellen für Lehrer.**

Auf Grund von § 11 des Schulbedarfsge- z. h. Lehrtätigkeit in Weitenbrunn (Bez. Schwarzenberg, DN. C). Bewerbungen sind beim Bezirksamt des Aufstellungsortes des Bew. bis zum 28. Juni einzureichen.  
Sofort zu bef. händ. Lehrstelle in Weidenau. Bewerber sollen mögl. Befähigung zur Vert. von Reichsanricht. besitzen. Dittb. B. Dem. bis 23. Juni an den Bezirksamt für Zwickau I, Reichstr. 10. — 1 Hauptamt. Stelle an der Berufsbildungsanstalt in Röttha. Kenntnis der Rechenart erwünscht. Fam.-Wohnung nicht vorh.; 2 Hauptamt. Stellen an Berufsbildungsanstalt in Röttha. Befähig. für Unterricht in Klassen für Kaufmannlehrlinge u. für Schulgewerbe erwünscht. Fam.-Wohnung nicht vorh. Bew. bis 1. Juli an Bezirksamt in Borna (Bez. App.).

Leipzig. Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Verbandes deutscher Klempner- und Installateur-Zunungen wurde in Leipzig am Sonntag eine Tag- und Reueilken-Ausstellung eröffnet. Die Ausstellung ist in der Messehalle am Königsplatz untergebracht und überaus reich besetzt. Obermeister Werner (Leipzig) wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Schwierigkeiten hin, die sich dem Handwerk entgegenstellen. Daran schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung.

Leipzig. Hier wurde das größte nach der selbständigen Betriebsweise eingerichtete Fernsprechanlage in Europa, das Amt Leipzig-Mitte, in Betrieb genommen. Die von der Berliner Firma Siemens & Halske gelieferte technische Einrichtung ist in zwei je 60 m langen Sälen im Hauptgebäude am Augustplatz untergebracht. Sie umfaßt rund 30500 Zahlen und 98800 Relais mit zusammen etwa 377 Millionen Kontakten, durch welche die bisher von Menschenhand ausgeführten Verbindungen auf elektrisch-mechanische Wege hergestellt werden. Der Anruf der Teilnehmer, die im Hörer vernehmbare Signale (Klingzeichen, Freizeichen, Besetzt-Zeichen), sowie die zur Fortschaltung der Wähler erforderlichen Stromschlüsse werden durch 24 elektrische Motoren und vier Dynamomaschinen erzeugt. Zur Zusammenhaltung der einzelnen an 145 eisernen Gestellen von 2,5 m Höhe und 5 bis 6 m Länge untergebrachten Teile der technischen Anstalt sind rund 11900 km Kupferdraht, d. h. eine Strecke, die zehnmal so lang ist wie die Luftlinienfernung von Basel bis Königsberg i. Pr., sowie die Anfertigung von rund 7 Millionen Leitstellen erforderlich gewesen. Die Aufstellung der Zusammenhaltung der technischen Einrichtung hat 2 1/2 Jahre in Anspruch genommen.

Chemnitz. Die Witwen- und Waisenkasse des Vereins Säch. Richter und Staatsanwälte (Versehungsbereine A. O.) wird ihre diesjährige Mitgliederversammlung Sonntag, den 1. Juli, vorm. 11 Uhr im Anwaltszimmer des hiesigen Amtsgerichts nach der im vorliegenden Blatte veröffentlichten Tagesordnung abhalten.

Wannau. Die Kosten des hiesigen 1923er Wohnungsbauprogramms sind Anfang dieses Jahres nach 3000- und 5000lader Übersteuerung auf 691 Mill. M. veranschlagt worden. Die Übersteuerung ist inzwischen auf 6000lader gesunken, sodass mit einer Erhöhung der Kosten auf 950 Mill. M. zu rechnen ist. Auf Vorschlag des Hauptstadtschulrates soll zur Verringerung der überaus großen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit das Bauprogramm ungeschmälert durchgeführt und die Bauten so gefördert werden, daß sie in diesem Jahre noch bezogen werden können.

Zwickau. Die Stadtverordneten beschließen die Erhebung von 1000 Proz. Zuschlag von der Reichswohnungsladgabe zu Wohnungsbauzwecken, insbesondere zur schärferen Durchführung der Zwangsenteignung. Die Erhebung eines doppelten Zuschlags von 2000 Proz. auf gewerbliche Räume wurde abgelehnt, auch hier bleibt es bei 1000 Proz. — Ten Eisenbahnen ist für diese Woche laut Beschluss der hiesigen Reichsministerien der doppelte Unterhaltungsbeitrag bezahlt worden, wie bereits einmal in der Vergangenheit. Die erhöhte Reichsunterhaltung, die inzwischen rückwirkend ab 4. Juni erfolgt ist, soll jedoch darauf angerechnet werden. — Für weiteren Ausbau des Stadtbahns wurden 955 Mill. M. aus Anlehensmitteln bereitgestellt. — Der Wasserzins wurde um reichlich 100 Proz. von 270 M. auf 540 M. je Kubilmeter erhöht werden. — Die Stadtvorordneten beschließen ferner, 1950000 M. neuer Aktien der Zwickauer Dampfabzweigleisen-Gesellschaft zu übernehmen, wodurch die Stadtgemeinde in den Besitz von vier Fünftel der sämtlichen Aktien der Gesellschaft gelangen wird. — Der Wohnungsbau der Eisenbahner-Wohnsiedlung im Stadteil Marienhal soll von der Stadtgemeinde mit 16500000 M. finanziert werden, die aus Reichsmitteln der Stadt zinslos zur Deckung der Arbeitslosigkeit und zur Verringerung der Wohnungsnot der Stadt gewährt werden.

Zwickau. Ein altes Vorrecht der Grundbesitzer im Zwickauer Steinloberer, unter deren Grundstücken Kohlen abgebaut werden, des sogenannten Kohlenzehnten, eine Abgabe, die vom Bergbau zu zahlen war, wird nun nach Jahrhunderten verschwinden. Die Zehntenberechtigten haben sich mit der von den Werken angebotenen Ablösung der Grundstücke einverstanden erklärt, daß der Zehnte mit dem 20. Juni Beträge des Zehntenzehnten mit 8 Proz. Verzinsung kapitalisiert wird. Die Stadtgemeinde Zwickau, die auch Zehntenempfängerin ist, wird allein vom Ertragdrittel ein Einkommensanteil von 100000 M. erhalten.

Annaberg. Am 30. Juni und 1. Juli findet hier das Bundesfest des erzgebirgischen Sängerbundes statt. Es haben bereits über 6000 Säger ihren Besuch angemeldet.

Chemnitz. Die Stadtverordneten haben ein Ortsgesetz über die Ruineinquartierung genehmigt. Von der Erhebung der Biersteuer ist vorläufig abgesehen worden.

Hainichen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde angefragt, die Sozial- und Einkommensteuer laufend aus Stadtmitteln zu unterstützen und die Mittel hierzu durch eine Sozialabgabe zu beschaffen. Der Rat erkannte zwar ein Bedürfnis zur Unterstützung dieser Personen an, vermochte aber nicht darauf zusammenzukommen, da eine Sozialabgabe nicht genehmigt wird und sonst keine Mittel zur Verfügung stehen. — In gemeinsamer Sitzung beschließen sich die hiesigen Kolonnen mit einem Antrage des Rates über Regelung der Wertzuwachssteuer. Der Rat hat um die Ermäßigung, über den Ertrag von Zuwachssteuer von 100 auf 50 in der Gemeinde mit dem Zuwachssteuerzuschuss Reichlich lassen zu können, da sich für die Steuerpflichtigen nach den jetzt gültigen Sätzen vielfach Härten ergeben. Nach längerer Aussprache wurde folgender Antrag angenommen: Rat und Ausschuss werden ermächtigt, Ertrag der Wertzuwachssteuer zu geröhren, sofern dieser Betrag 200000 M. nicht übersteigt. Die Ratvorlage wurde abgelehnt.

Ritzschau (Oberlausitz). Der Haushaltungsplan der Gemeinde ist schätzungsweise mit 239 650 000 M. in Einnahme und mit 241 240 000 M. in Ausgabe, hat demnach einen Fehlbetrag von 1 590 000 M. Nach Aussprache im Gemeinderat wurde er dem Vorschlag des Finanzschulrates entsprechend einstimmig genehmigt.

**Tageschronik.**

**Der Köhn-Prozess.**

Berlin, 12. Juni.  
Nachdem der gestrige Vormittag dazu benutzt worden war, um den Lebenslauf des Hauptangeklagten Köhn in seinen Einzelheiten festzustellen, ging der Vorsitzende nach der Mittagspause auf die Materie selbst ein. Der Angeklagte gibt zu, daß er mit 30000 M. Vermögen seinen Weillongern begründet habe. Am 1. Mai kamen von Köhn aus Dresden, der die Klante-Kundenschaft mitbrachte, fünf Millionen ein. Köhn selbst vereinbarte drei Millionen. Im Juli veränderte Köhn den „Schuldbestand der Weillongern“ mit der Absicht, die Zweifende auf 50 Proz. herabzusetzen.  
Hierzu wird Köhn veranlaßt, sich über sein Weillongern, das sogenannte Handicap-Weillongern zu äußern. Die Erklärung, die er dazu gibt, ist noch unklar als die Erklärung, die Klante seinerzeit dem Gericht über sein Staffellongern vortrug. Köhn wird immer zwei Augen zeigter und ein besseres Pferd gerichtet haben, und zwar hat er die Auswahl der Pferde getroffen, die bisher am meisten geleistet hatten. Vorl.: Haben Sie auch das Staffellongern angewendet? — Angekl.: Nur in mäßiger Form, bloß um dem Zufall entgegenzukommen. Ich verwende die automatische Staffellongern. — Vorl.: Dieses Staffellongern hat doch schwere Gefahren? — Angekl.: Ich habe es auch nur als einen Zuschlag benutzt. — Vorl.: Kann konnten Sie doch auch Verluste nicht einholen. — Angekl.: Nein. Verluste konnte man damit nicht einholen, ich habe auf die Staffellongern auch keinen Wert gesetzt und mich mehr auf die richtige Bewertung der Pferde verlassen. Dazu hatte ich einen Auswendigkeitskennzeichen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob seine Vertreter auch bei Buchmachern gewettet hätten, erklärt Köhn, daß er das nicht sagen könne. Er habe selbst die Wetten angelegt. Erst in der Haft habe er erfahren, daß seine Herren auch bei Buchmachern gewettet haben. Zum Schluß der gestrigen Sitzung macht die Verteidigung einen heftigen Vorstoß gegen den von der Anklagebehörde zugezogenen Hauptfachverständigen Generalmajor Cahn. Es wird die Unparteilichkeit dieses Sachverständigen bezweifelt. Das Gericht wird sich in der nächsten Sitzung am Mittwoch über den Wiedergangentsatz schloßig werden.

**Reideraufführer, Säurespitzer, Zoffabschneider.**

Berlin, 11. Juni.  
Seit einiger Zeit mahnen sich hier die Fälle, daß Säurespitzer, Reideraufführer und Zoffabschneider ihrem verwerflichen Handwerk nachgehen. Aus der Fälle der bei der Polizei gemeldeten Fälle seien nur einige vorzuziehen herausgehoben. Besonders sind die Berliner Verkehrsmittel wegen ihrer Überfüllung ein beständiges Arbeitsfeld dieser gemeingefährlichen Verbrecher. Auf der Untergrundbahn wurde kürzlich einer Dame aus ihrem Mantel ein großes Stück Tuch herausgehoben. Eine Dame, die auf einem Spaziergange in Spandau plötzlich einen scharfen Geruch, wie etwa von Benzol und Teer verspürte, stellte in ihrer Wohnung fest, daß ihr Mantel und ihr Kopfschirm von oben bis unten mit schwarzer Tinte besetzt worden waren. In ähnlicher Weise hielten sich die Fälle, in denen Zoffabschneider an Werke sind. Die diese Verbrecher verhaften, geht aus einem Falle hervor, in dem ein junges Mädchen, als es aus einem Haus heraustrat, mit einem jungen Mann zusammenstieß, der ihm seinen Hand vor die Nase führte. Dadurch wurde die Aufmerksamkeit des Mädchens auf diesen Tier abgelenkt, und diesen Umstand benutzte der Mann, um ihm den ganzen Stoff abzuschneiden.

**Um ein Tier zu retten.**

Flauen i. B., 11. Juni.  
Im benachbarten Pöhl wollte gestern vormittag die 28 Jahre alte verheiratete Tochter des Gutsbesizers Paulensschläger ihrem Vater bei der Rettung eines Fuhres, das in einen 20 m tiefen Brunnen gefallen war, beistehen. Hierbei stürzte sie in die Tiefe und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Vater zog sich schwere Verletzungen zu.

**Der Staat um Milliarden betrogen.**

Gumbinnen, 11. Juni.  
In Gydikuhnen sind umfangreiche Polihinterziehungen bürgerlicher Epiblate aufgedeckt worden. Der Staat wurde dadurch um Milliarden betrogen. Bisher erfolgten neun Verhaftungen.

**Von einem Einbrecher erschossen.**

Deissa, 11. Juni.  
Heute nacht wurde beim Landwirte Ratu in Rihmed eingebrochen. Bei der Verfolgung des Täters wurde Ratu von diesem erschossen. Die Röhre des Polizeis stellte den Mörder, den hiesigen Einbrecher Riping auf Röhre, der sich seiner Verhaftung mit der Waffe in der Hand zu entziehen suchte. Er setzte sich zur Wehr, jedoch der Wacheinsitzer Genremann von seiner Schußwaffe Gebrauch machen mußte und den Einbrecher erschob.

**25 Gehöfte niedergebrannt.**

In der Ortschaft Schindlau (Ostpreußen) brach ein Feuer aus, das in kurzer Zeit fast alle Gebäude ergriff. Nur große Bauernhöfe und zwei kleinere Anwesen — im ganzen 25 Gebäude — sind nebst großen Getreidevorräten und vielen landwirtschaftlichen Maschinen ein Raub der Flammen geworden.

Dresden — Leipzig — Dresden elektrisch. Das Reichsverkehrsamministerium bereitet die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden — Leipzig — Dresden vor. Es ist die erste deutsche Hauptstrecke, die elektrifiziert wird. Die Lieferung von Elektrifizierung soll vor allem durch das sächsische Kraftwerk Dirschfeld erfolgen.

**Sport.**

Die Bodenkulturschule (München) in der Jahreschau Deutscher Reiter „Spiel und Sport“. Am 15. Juni findet der dritte Tagabend der Jahreschau „Spiel und Sport“, veranstaltet von der Bodenkulturschule für Reiterziehung, München, statt. Dr. Bode wird hier sein System der Reiterziehung zur Darstellung bringen. Das Programm enthält außer einem einleitenden Vortrag die Darstellungen der Reiterziehung, Bewegungsspiele, plastische Studien und Tänze.

\* Gütepreise. Auf der letzten Württembergischen Auktion vom 7. und 8. Juni wurde im Durchschnitt gezahlt:

für	im Gewichte		
	bis 14 1/2 kg	15 — 25 kg	über 25 kg
Ochsenhäute . . .	28 020 M.	31 650 M.	28 340 M.
Bullenhäute . . .	36 610 .	34 590 .	26 600 .
Rinder-(Kalb-) . . .	37 500 .	34 400 .	29 810 .
Häute . . .	29 020 .	27 070 .	28 450 .
Ferkelhäute . . .	33 000 .	—	—

Hogshäute über 220 cm = 354 000 M.

**Devisenkurse. 12. Juni.**

New York (1 Dollar): 84033.

**Dresdner Handelsbank**  
Gegr. 1873 A.-G. Gegr. 1873  
Dresden  
Ostra-Allee 9/11  
Ellaaplatz 3 - Kaiserstrasse 11 - Johannisstrasse 8  
Stadt. Vieh- u. Schiachthof - Grossmarkthalle  
Zweigniederlassung Bautzen  
Theatergasse 8

**Witwen- u. Waisenkasse des Vereins Säch. Richter und Staatsanwälte, G. B. A. G.**  
Mitgliederversammlung Sonntag, 1. Juli 1923, vorm. 11 Uhr i. Anwaltszimmer (Nr. 131) d. Amtsgerichts Chemnitz (Ving. Gerichtshof).  
T. O. 1. Jahresbericht, 2. Kassensbericht, 3. Erlösbericht, 4. Festsetzung des einl. Mitgliedsbeitrags f. 1923, 5. Ergänzung der Beitr. f. neu hinzutret. Mitgl., 6. Verwaltungsjahresrechnung.  
Chemnitz, 9. Juni 1923. Geh. Justizrat Dr. W. Hoff.

**Neuquäntler Schauspielhaus.**  
(G. M. R.) Großh. Hoftheater. Abends 7 1/2 Uhr. Donnerstag: Salome. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Residenztheater. Madam Pompadour.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.

**Centraltheater. Die Frau von Kotzin.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag: Diefelbe Vorstellung.

**Victoriatheater. Taglich Spezialitäten.**  
Vorstellung, Anf. 7 1/2 Uhr.

**Wasserstände der Elbe und Moldau.**  
11. Juni — 24 — 16 + 34 + 60 + 61 + 19 — 106  
12. Juni — 24 — 24 + 23 + 46 + 64 + 18 — 120

**Familiennachrichten.**  
Verlobt: Hr. Alfred Dietrich auf Rittergut Untermarzahn i. B. mit Frä. Erta Giese in Dresden. — Vermählt: Hr. Hans Erben mit Frä. Lotte Groß in Dresden; Hr. Konstantin Friese mit Frä. Edith Demmler in Dresden; Hr. Paulus Hof. Besche mit Frä. Dora Altvater in Dresden; Hr. Fritz Härtger mit Frä. Hildegard Hammer in Dresden-Riederhain. — Geboren: Frau Anna Amalie Auguste Krich geb. Krich (64 J.) in Dresden-Laubegau; Hr. Otto Jannasch, Kaufmann in Dresden; Frau Amalie Ulrich geb. Weder (69 J.) in Dresden; Hr. Paul Grotz, Buchbindermeister in Dresden; Hr. Richard Köpcke (55 J.) in Dresden; Frau Camilla Heyne geb. Schiedlich (56 J.) in Leipzig; Hr. Oberinspektor Karl Max Viktor Gougl (73 J.) in Leipzig-Resdwitz; Frau Eva Mehnert geb. Kramer (74 J.) in Tharandt.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Angelegten verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Amtlicher Teil.

Verwaltungsarbeiten.

Das in der Verordnung 20 PA II vom 22. Mai 1923 ... unter Ziffer 2 festgesetzte Zehrgeld für jeden ...

Die in Ziffer 6b der Verordnung 20 PA II festgesetzte Vergütung von 40 M. für ...

Der Bezirksarzt in Riesa wird vom 15. Juni bis 12. Juli d. J. durch den Bezirksarzt in ...

Schätzpreise für Wienerziegel. Reichshauptmannschaft Dresden: Ab 27. Mai 1923 ...

Schätzpreise für Wienerziegel. Amtshauptmannschaften Bautzen und Riesa: Ab 1. Juni 1923 ...

Schätzpreise für Wienerziegel. Amtshauptmannschaften Zittau und Zittau: Ab 1. Juni 1923 ...

Ortspreise in der Angehörigenversicherung. Die in Nr. 91 der Sächsischen Staatszeitung vom 19. 4. 1923 ...

Reichshauptmannschaft Leipzig - Verleihenamt - Kaufschuß für Angehörigenversicherung.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

Die 2. Klasse der 183. Sächsischen Landeslotterie wird am 27. Juni 1923 gezogen.

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

bestellt sind, die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft ...

2. auf Blatt 14364, betr. die Firma Porzellanfabrik G. M. Aufhäuser'scher Aktiengesellschaft, Abteilung Dresden in Dresden, Zweigniederlassung ...

3. auf Blatt 16451, betr. die Gesellschaft Sächsische Schrotthandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden; Gesamtprokura ist erteilt ...

4. auf Blatt 16554, betr. die Gesellschaft Paullander Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden; Das Stammkapital ist auf Grund ...

5. auf Blatt 2846, betr. die offene Handelsgesellschaft Liebenow & Grahl in Dresden; Die Prokura des Kaufmanns Carl Alwin Döhl ist ...

6. auf Blatt 18174, betr. die Firma Falken-Verlag, Karl August Walther in Dresden; Der Verlagsbuchhändler Karl August Walther in Dresden ist ...

7. auf Blatt 12615, betr. die Firma Hans Ritzschlein in Dresden; Die dem Kaufmann Willy Matas erteilte Prokura ist erloschen.

8. auf Blatt 6102 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Mitteldeutsche Spirituosen-Aktiengesellschaft in Dresden; Ist heute folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom ...

9. auf Blatt 8808 des Handelsregisters, betr. die Firma Glöckner Aktiengesellschaft für Textilindustrie in Chemnitz; Ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 24. April 1923 hat die ...

10. auf Blatt 8909 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Albin Müller & Co. Aktiengesellschaft in Chemnitz (Scheidungs-Nr. 9/10). Der Gesellschaftsrat ist am 17. März 1923 abgepflichtet.

11. auf Blatt 5307 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebrüder Erd in Dresden; Ist heute folgendes eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 15. Mai 1923 hat beschlossen, das ...

12. auf Blatt 2221 des Handelsregisters ist heute die Firma Mitteldeutsche Sachverwertung Aktiengesellschaft in Leipzig und folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Mai 1923 ...

13. auf Blatt 1491 des sächsischen Handelsregisters, die Firma Kuchholzer Glaswerk Wagner & Kraus in Rudolfsdorf; Ist heute das Erlöschen der Firma eingetragen worden.

14. auf Blatt 8908 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Handhabfabrik Aktiengesellschaft in Grünau. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. April und 23. Mai 1923 abgepflichtet.

15. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

16. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

17. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

18. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

19. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

20. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

21. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

22. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

23. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

24. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

25. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

26. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

27. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

28. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

vorzugsweise den Zwecken der Kleinwohnungsfrage zur Förderung der minderbemittelten Volkstriebe durch Verbilligung der Bauteile dienen, sowie 2. die Übernahme von und die Beteiligung an Betrieben, die mit der Durchführung dieses Zweckes in Verbindung stehen.

2. auf Blatt 1340 die unter der Firma E. Schloßhauer & Jun in Freiberg neuerrichtete offene Handelsgesellschaft. Geschäftsführer sind der Kaufmann Friedrich Eduard Schloßhauer und der Handelsvertreter Julius Otto Jun, beide in Freiberg. Die Gesellschaft ist am 1. Juni 1923 ...

3. auf Blatt 2603, betr. die Firma Gebhardt Kallhan in Leipzig; Gustav Kallhan ist infolge Ablebens als Geschäftsführer ausgeschieden. Eine Kommanditistin ist eingetreten. Prokura ist dem Kaufmann Erdmann Konrad Engelhardt in Leipzig erteilt.

4. auf Blatt 7016, betr. die Firma Wabold Heinrich Kahl in Leipzig, Zweigniederlassung: Prokura ist an Max Wollstein in Leipzig erteilt; 3. auf Blatt 7963, betr. die Firma Leipziger Bauabfertigung vorm. W. F. Wend Aktiengesellschaft in Leipzig; Paul Hermann ist als Vorstandsmittglied ausgeschieden. Zum Vorstand ist Willy von Zimmermann in Leipzig bestellt.

5. auf Blatt 12662, betr. die Firma Alfred Meier in Leipzig; Die Erbengemeinschaft ist aufgehoben. Die an der Erbengemeinschaft beteiligte Charlotte Olga Meier ist als Inhaberin ausgeschieden. Die an der Erbengemeinschaft beteiligte Gertrud Hof verm. Meier geb. Arnold führt jetzt den Familiennamen Meier; sie und die ebenfalls an der Erbengemeinschaft beteiligten Werner Eduard Alfred Meier und minderjähriger Carl Arno Meier führen das Geschäft unter der bisherigen Firma in offener Handelsgesellschaft, die am 27. März 1923 errichtet worden ist, fort. Prokura ist an Carl Max Otto Arnold in Leipzig erteilt.

6. auf Blatt 15377, betr. die Firma Haue-Schwarz & Co. in Leipzig; Die Gesellschaft ist aufgelöst. Carl Wilhelm Max Haue ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Gustav Otto Schwarz führt das Geschäft und die Firma als Alleinhaber fort.

7. auf Blatt 16450, betr. die Firma Robert Meile in Leipzig; Prokura ist dem Kaufmann Albert Wilhelm Hüppe in Leipzig erteilt.

8. auf Blatt 1982, betr. die Firma Gottfried Römer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig; Gesamtprokura ist erteilt dem Ingenieur Paul Giese und der Buchhalterin Martha Lebiga Heppner, beide in Leipzig.

9. auf Blatt 2047, betr. die Firma Karl Jochen in Leipzig; Prokura ist dem Kaufmann Hans Peter Kollert in Leipzig erteilt.

10. auf Blatt 22048, betr. die Firma C. Richard Kunze in Leipzig; Richard Carl Kunze ist als Inhaber ausgeschieden. Der Kaufmann Paul Richard Carl Kunze ist Inhaber.

11. auf Blatt 17615, betr. die Firma Senne & Hartmann in Leipzig; Die Firma ist nach beendeter Liquidation erloschen.

12. auf Blatt 20714, betr. die Firmen Carl Haas und Walter Heide, beide in Leipzig; Die Firma ist erloschen.

13. auf Blatt 2131, betr. die Firma Wöhler & Co. in Leipzig; Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.

14. auf Blatt 2221 des Handelsregisters ist heute die Firma Mitteldeutsche Sachverwertung Aktiengesellschaft in Leipzig und folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Mai 1923 ...

15. auf Blatt 1491 des sächsischen Handelsregisters, die Firma Kuchholzer Glaswerk Wagner & Kraus in Rudolfsdorf; Ist heute das Erlöschen der Firma eingetragen worden.

16. auf Blatt 8908 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma Handhabfabrik Aktiengesellschaft in Grünau. Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. April und 23. Mai 1923 abgepflichtet.

17. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

18. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

19. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

20. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

21. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

22. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

23. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

24. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

25. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

26. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

27. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

28. auf Blatt 1339 ist heute eingetragen worden: Im Handelsregister ist heute auf Blatt 594 für den Landesgericht die Firma Schäfflich & Co. in Schönbühle ...

